

2.11.03; PTV World, 3.11.03, nach BBC PF, 4.11.03; Xinhua, 3.11.03, nach BBC PF, 4.11.03; Radio Pakistan, Islamabad, 4.11.03, nach BBC PF, 5.11.03; XNA, 4., 5.11.03; SCMP, 6.11.03) -kg-

6 Kooperation mit China

Anfang Oktober fand auf Bali das diesjährige ASEAN-Gipfeltreffen der Regierungen der zehn Mitgliedsländer und weiterer Regierungen der Region, insbesondere Japan, China und Indien, statt. De facto haben sich damit die ASEAN-Gipfeltreffen zu asiatischen Gipfeltreffen gewandelt. Dennoch: Im Mittelpunkt des Interesses steht weiterhin Südostasien und sein Verhältnis zu anderen Akteuren der asiatischen Großregion.

In den Dreier-Gesprächen Japan-China-Südkorea ging es nicht nur um Maßnahmen bezüglich der nordkoreanischen Nuklearbedrohung, sondern auch um die Möglichkeit, zukünftig eine Dreier-Freihandelszone zu gründen. Auch eine umfassende Wirtschaftskooperation mit den ASEAN-Staaten strebt Japan an, bis hin zur Gründung einer ausgedehnten Freihandelszone in der Region. Die entsprechenden Verhandlungen sollen im Jahr 2005 beginnen, ein Abkommen ist für 2012 angestrebt. Die beteiligten Staaten unterzeichneten nach Abschluss der Beratungen auf Bali eine Absichtserklärung, in der diese Zeitplanung festgelegt wurde. Vorerst sind in den Plan nur die weiter entwickelten ASEAN-Staaten eingeschlossen, d.h. Brunei, Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand. Die geplante Wirtschaftsregion soll nach übereinstimmender Auffassung aller beteiligten Staaten die WTO-Regeln einhalten, einzelne Sektoren wie z.B. die Landwirtschaft sollen nicht ausgeklammert werden.

China hatte bereits eine Zielvereinbarung mit der ASEAN geschlossen, nach der bis zum Jahr 2010 eine gemeinsame Freihandelszone gegründet werden soll, die 1,7 Mrd. Verbraucher umfassen und damit den weltgrößten Markt bilden würde.

Nach Aussagen chinesischer Experten hat der bisherige Verlauf der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit der ASEAN und der VR

China weitgehend positive Ergebnisse gezeitigt. Dies gelte nicht nur für den Wirtschaftssektor, sondern auch für die allgemeine Sicherheitslage. Weitere Bemühungen um eine Vertiefung und Verstetigung der regionalen Abstimmungspolitik seien eindeutig „in the economic and security interests of countries in the region“, was nicht zuletzt dadurch bewiesen worden sei, dass für alle Beteiligten eine „win-win situation“ entstanden sei. Auch Japan habe die große Bedeutung solcher neuen regionalen Arrangements deutlich erkannt und sei daher seinerseits darum bemüht, die wirtschaftliche Kooperation mit Südostasien vertraglich zu vertiefen. Regionale Zusammenarbeit sei zu einem „Motor der regionalen Entwicklung“ geworden, eine Tatsache, die sich nicht zuletzt in den entsprechenden Statistiken widerspiegle. Im Jahr 2003 werde das ASEAN-China-Handelsvolumen aller Voraussicht nach 55 Mrd. US\$ erreichen, was gegenüber 2002 (39,5 Mrd. US\$) einen erheblich Anstieg signalisiere. Bis 2005, so die gemeinsame Ankündigung der Vertreter der zehn ASEAN-Regierungen und Chinas während des ASEAN-Gipfeltreffens vom Oktober in Bali, soll der regionale Warenaustausch auf 100 Mrd. US\$ steigen. Zurzeit stellt die ASEAN Chinas fünfgrößten Partner dar und China ASEANs sechstgrößten.

Ebenso wichtig erscheint aus chinesischer Sicht: „Booming bilateral relations have also progressed beyond the economic dimension. The ‚China threat‘ tone prevalent in Southeast Asia two years ago is now on the wane in the region“. Man habe innerhalb der ASEAN erkannt, dass China nicht nur wirtschaftlich eine bedeutende positive Rolle für die Gesamtregion spielen könne. „Cooperation between China and ASEAN also helps to stabilize the regional security situation.“ Ausgangspunkt der jüngsten erfolgversprechenden Tendenzen sei die Unterzeichnung des Treaty of Amity and Cooperation in Southeast Asia (TAC) durch China gewesen. China war damit das erste „non-Southeast Asian country“, das sich dem TAC formal angeschlossen hat. „The treaty provides an effective framework for parties concerned to peacefully settle disputes so as to maintain regional development and security.“

Seither hätte sich auch Indien dem Vertrag angeschlossen, und Japan scheine ebenfalls darum bemüht sich vertraglich einzureihen. Im Oktober während des Bali-Gipfels hatte sich die japanische Regierung noch zurückhaltend gezeigt. Kritische japanische Stimmen hatten eingewandt, dass „the treaty, which stipulates non-interference to internal affairs, non-aggression and other principles, may not be compatible with the Japan-US security arrangements“. In der Zwischenzeit scheint sich jedoch ein Stimmungswandel anzubahnen, „in view of the upcoming ASEAN summit in Tokyo on 11-12 December and the fact that it is now left behind by China and India in the ASEAN circle“.

Bemerkenswert an den regionalen Entwicklungen der jüngsten Zeit ist aus chinesischer Sicht vor allem die Tatsache, dass die Akteure der Region aus eigenem innerregionalen Antrieb gehandelt hätten; denn „usually, the formation and change of an international system is mainly based upon the changes of relations between the world's major countries. (...) Such encouraging developments will certainly contribute to good relations in East Asia“. (XNA, 14.11.03; BBC, 5.11., 8.11.03) -Rüdiger Machetzki, Manfred Pohl-

Innenpolitik

7 Schulungen für Regierungssprecher: Mehr Transparenz in der staatlichen Informationspolitik?

Im Herbst dieses Jahres fanden unter Leitung des Informationsamts des Staatsrats erstmals zwei zentral organisierte Trainingsseminare für Regierungssprecher der zentralen und lokalen Ebene statt. Nach Berichten der Nachrichtenagentur Xinhua sei das Ziel dieser Schulungen nicht nur, die Qualität der Pressesprecher anzuheben, sondern auch die „behördliche Transparenz“ und die Informationspolitik der Regierung insgesamt zu verbessern. Die chinesische Regierung beabsichtige, mit einer neuen Generation professionell ausgebildeter Pressespre-

cher ihr „öffentliches Image aufzupolieren“ und ihre Beziehungen zu den Medien auszubauen.

An den jeweils einwöchigen Schulungen, die Ende September und Anfang November in Beijing stattfanden, nahmen insgesamt fast 200 Pressesprecher zentraler und lokaler Regierungsorgane teil. Das Trainingsprogramm beinhaltete unter anderem Fallstudien, praktische Übungen sowie Vorträge von Dozenten des Internationalen Medienforschungszentrums der Qinghua-Universität und hochrangiger Regierungssprecher. So soll auch Kong Quan, Sprecher des Außenministeriums, seine Erfahrungen an die Schulungsteilnehmer weitergegeben haben. Nach Aussagen des Organizers der Schulung, Wang Xingming, sollen Trainingsprogramme dieser Art in Zukunft regelmäßig abgehalten werden.

Zhao Qizheng, Leiter des Informationsamts des Staatsrats, äußerte, dass es dringend notwendig sei, die Qualität der chinesischen Regierungssprecher zu heben. Gemäß einer Hongkonger Quelle befinde sich deren Arbeit im landesweiten Durchschnitt noch immer in den Kinderschuhen. Die Unterrichtung der Presse geschehe oft nur sporadisch, zudem fehle es an einheitlichen Standards und Verfahren. Vielen Regierungssprechern hapere es an journalistischen Erfahrungen und der notwendigen Praxis für das Abhalten von Pressekonferenzen.

Die ersten Pressestellen in Regierungsbehörden wurden in China erst 1983 eingerichtet. Zunächst geschah dies auf zentraler Ebene, wobei dem Außenministerium eine Vorreiterrolle zukam. Wesentlich später nahmen auch auf Provinzebene Pressesprecher ihre Arbeit auf. Besonders hier bestehen noch extreme Entwicklungsunterschiede. Während nach offiziellen Angaben mittlerweile alle Organe des Staatsrats über eine Pressestelle verfügen, werden in vielen Regierungsbehörden auf Provinzebene erst in jüngster Zeit entsprechende Stellen eingerichtet.

Nach Ansicht chinesischer Experten sei die Entwicklung des Systems der Pressestellen durch die SARS-Krise im Frühjahr beschleunigt worden, da die Epidemie den Machthabenden in Beijing die Wichtigkeit einer transparenten und zuverlässigen Informa-

tionspolitik deutlich aufgezeigt habe. Die im Zuge dessen verstärkten Bekundungen zu mehr Transparenz und Rechenschaftslegung von Seiten der parteistaatlichen Führung (vgl. C.a., 2003/5, Ü 13) zogen in einigen Landesteilen den Auf- bzw. Ausbau behördlicher Pressestellen mit professionelleren Sprechern nach sich. Vor allem in den Städten Beijing, Guangdong und Shanghai habe die Krise zu einer erheblichen Verbesserung auf diesem Gebiet geführt, so der Leiter des Informationsamtes Zhao. In der Hafenstadt am Huangpu-Fluss läßt die Regierung mittlerweile alle zwei Wochen zur Pressekonferenz über die neuesten Entscheidungen und Ereignisse der Stadt.

Nach Meinung Zhaos sei die Regierung zu einer transparenten Informationspolitik gegenüber der Bevölkerung verpflichtet. Aufgrund dessen bilde die Verbesserung des Systems der Regierungssprecher eine wichtige und dringliche Aufgabe, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Globalisierung und der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas.

Ob die neue Führungsmannschaft um Generalsekretär Hu Jintao, der dieses Amt nunmehr seit einem Jahr bekleidet, wirklich eine transparentere Informationspolitik anstrebt, muss in Frage gestellt werden. Zwar gibt es durchaus einige Signale, die in Richtung auf mehr Offenheit interpretierbar sind. Als Beispiel anzuführen ist die wiederholte Aufforderung an die Medien, weniger über belanglose Aktivitäten der Spitzenpolitiker zu berichten und stattdessen mehr Themen aufzugreifen, die Bezug zum Alltagsleben des Volkes haben. In die gleiche Richtung deutbar ist das Zugeständnis an die Presse, kurze Berichte jedenfalls über einige Politbüro-Treffen nach deren Beendigung verfassen zu dürfen und die von Hu eingeführte institutionelle Neuerung der jährlichen Arbeitsberichterstattung des Politbüros vor dem Zentralkomitee. Diese Ansätze zu mehr Offenheit in der Informationspolitik der chinesischen Führung werden jedoch durch die von Zeit zu Zeit immer wieder durch verschiedene Repressionsmaßnahmen begleitete Unterdrückung öffentlicher Diskussionen über bestimmte Themen wie politische Reformen und Verfassungsänderungen konterkariert. (Xinhua,

31.5., 3.11.03, nach BBC PF, 5.11.03; XNA, 22.9.03; DGB, 12.10.03, nach BBC PF, 16.10.03; CD, 5.11.03; XNA, 7.11.03; *The Economist*, 13.11.03) -bk-

8 Schließung von 677 Zeitungen und Zeitschriften bis Ende des Jahres

Am 28. November veröffentlichte die Zentrale Koordinations- und Führungsgruppe für die Überprüfung von Zeitungen und Zeitschriften eine Liste mit insgesamt 677 Publikationen, die bis zum Jahresende ihr Erscheinen einstellen müssen. Dabei handelt es sich um 395 Zeitschriften und 282 Zeitungen, die bisher von Partei- und Regierungsorganen betrieben wurden. Als Grund für den Entschluss der Zentralen Koordinations- und Führungsgruppe gibt Xinhua fehlende Profite an.

Die Schließungen sind Teil der Ende Juli verkündeten Reformmaßnahmen für den staatlichen Printmediensektor. Danach sollen Subventionen und Zwangsabonnements weitestgehend abgeschafft und – mit wenigen Ausnahmen – alle Zeitungen und Zeitschriften dem Wettbewerb des Marktes ausgesetzt werden (vgl. C.a., 2003/8, Ü 8; 2003/10, Ü 10). Um die Durchführung dieser neuen Bestimmungen zu gewährleisten, hat sich im letzten Monat eine Experten-Gruppe zu einer Inspektionsreise durch 20 Provinzen aufgemacht. Insgesamt sind bisher 1.452 von Partei- und Regierungsorganen herausgegebene Zeitungen und Zeitschriften durch unterschiedliche Maßnahmen betroffen. Knapp die Hälfte davon steht nach der jüngsten Bekanntmachung nun vor dem gänzlichen Aus.

Nach Angaben von Liu Binjie, stellvertretender Leiter der Staatlichen Behörde für Pressewesen und Publikationen, verfolge die Regierung mit den Reformen auch das Ziel, die chinesischen Medien nach außen zu öffnen. Die Regierung ermutige chinesische Medienunternehmen, mit ausländischen Pendanten zu kooperieren und auf dem internationalen Markt zu konkurrieren. Liu ist überzeugt, dass China in einigen Jahren über eigene landesweite Mediengruppen verfüge. Bis dahin werde das Land seinen Markt nach und nach für ausländi-

sche Publikationen öffnen. (XNA, 2., 27.11.03; ZXS, 28.11.03, nach BBC PF, 30.11.03) -bk-

9 Neue Vorschriften zum Umgang mit Untersuchungshäftlingen

Die Oberste Volksstaatsanwaltschaft hat am 25. November neue Bestimmungen verkündet, die den Umgang mit Untersuchungshäftlingen regeln und Überschreitungen der gesetzlich festgelegten Untersuchungshaftdauer unterbinden sollen. Auch der Oberste Volksgerichtshof gab der Öffentlichkeit am 1. Dezember die Ausarbeitung derartiger Regelungen bekannt.

Nach Chinas Strafprozessordnung variiert die legal festgeschriebene Haftdauer für Untersuchungshäftlinge von der Verhaftung bis zum Beginn des Prozesses zwischen 14 Tagen und 6,5 Monaten. Nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua „komme es jedoch vor“, dass dieses festgelegte Höchstmaß überschritten werde. Bereits im Juli hatte der Oberste Volksgerichtshof alle Gerichte dazu aufgerufen, diese Fälle aufzuklären. Auch die Oberste Volksstaatsanwaltschaft ergriff verschiedene Maßnahmen. Unter anderem sandte sie acht Überwachungsgruppen in 24 Provinzen, um Verstößen dieser Art auf die Spur zu kommen. Hunderte unrechtmäßige Überschreitungen der Untersuchungshaftdauer seien aufgrund dessen aufgeklärt worden, so Xinhua. Zurzeit gebe es aber noch mehr als 3.600 Fälle im ganzen Land, mit denen sich vor Ende des Jahres befasst werden soll.

Shen Deyong, stellvertretender Präsident des Obersten Volksgerichtshofs, führt die hohe Anzahl der unrechtmäßigen Haftüberschreitungen unter anderem auf die Vielzahl der neuen Straftaten zurück, die die rasche wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes mit sich gebracht habe. Im Umgang mit diesen Delikten gebe es noch keine effektiven Verfahrensstrukturen, was die Vorbereitung der Gerichtsprozesse oft erheblich erschwere. Als weiteren Grund nennt Shen das bisherige Fehlen detaillierter Gesetze und Bestimmungen für den Umgang mit Untersuchungshäftlingen. Die jüngst ausgearbeiteten

Vorschriften leisteten jedoch erste Abhilfe. So verlangten sie von den zuständigen Beamten, „besonnener“ mit Untersuchungshäftlingen umzugehen.

Nach den neuen Regelungen müssen die Inhaftierten freigelassen werden, wenn innerhalb der vorgeschriebenen Zeitspanne nicht genügend Beweise für ihre Schuld gesammelt werden konnten und keine ordnungsgemäße Verlängerung der Untersuchungshaftdauer beantragt wurde. Zudem müssen Befragungen eines Untersuchungshäftlings nun innerhalb von 24 Stunden nach seiner Verhaftung erfolgen und der Inhaftierte über Gründe sowie Dauer seiner Untersuchungshaft aufgeklärt werden. Darüber sollen auch Verwandte oder die Arbeitseinheit informiert werden, sodass diese bei Überschreitung der Haftdauer Einspruch einlegen können. Polizisten, Justiz- und Vollzugsbeamte, die diese Bestimmungen missachten, müssen mit disziplinarischen und strafrechtlichen Maßnahmen rechnen. Nach Angaben des Obersten Volksgerichtshofes seien bereits in den ersten zehn Monaten des Jahres 39 Justizbeamte von chinesischen Gerichten wegen unrechtmäßiger Verlängerung der Haftdauer von Untersuchungshäftlingen zu Disziplinarstrafen verurteilt worden.

Einem Sprecher der Obersten Volksstaatsanwaltschaft zufolge werden die neuen Regelungen dazu beitragen, ein langfristiges Überwachungssystem aufzubauen, das den Schutz der Menschenrechte Inhaftierter wahrt. Darüber hinaus demonstrierten sie, dass „Chinas Justiz nicht nur größte Energien darauf verwendet, die Kriminalität zu bekämpfen, sondern auch die Menschenrechte hoch hält“.

Im Zuge ihrer Bemühungen um die Aufwertung rechtlicher Normen scheint sich die parteistaatliche Führung in letzter Zeit auch für eine Verbesserung des Rechtsschutzes Inhaftierter sowie für bessere Haftbedingungen in chinesischen Gefängnissen einzusetzen (vgl. C.a., 2003/9, Ü 6 und 7; 2003/7, Ü 10). Eine gewichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang sicherlich, dass die Parteispitze bestrebt ist, sich aufgrund der scharfen internationalen Kritik an der prekären Menschenrechtssituation im Lande nach außen – aber auch nach innen – in einem positiven Licht darzu-

stellen. Nichtsdestotrotz stellen auch die jüngst ausgearbeiteten Regelungen zum Umgang mit Untersuchungshäftlingen einen Schritt in die richtige Richtung dar. Auch wenn davon auszugehen ist, dass es weder kurz- noch mittelfristig zu einer landesweit konsequenten Durchsetzung kommen wird, stellen die Vorschriften dennoch potenzielle Einfallstore für gesellschaftliche Gruppierungen und Individuen dar, die eine Umsetzung dieser Rechte einfordern könnten. (XNA, 25.11.03; RMRB, 1.12.03; Xinhua, 1.12.03, nach BBC PF, 2.12.03) -bk-

10 Stellvertretender Bauminister spricht über Probleme der Urbanisierung

Anfang November fand in Weihai (Provinz Shandong) eine internationale Tagung zum Thema „Strategien für eine Nachhaltige Städtische Entwicklung“ statt, an der 230 Repräsentanten aus dem In- und Ausland teilnahmen. Im Anschluss an die Konferenz äußerte sich der stellvertretende Bauminister Qiu Baoxing zur Urbanisierung und deren Herausforderungen in China.

Nach Meinung von Qiu befinde sich das Land gegenwärtig in einer Phase rasanter städtischer Entwicklung, die von der nationalen Wirtschaftsentwicklung nicht getrennt betrachtet werden könne. So habe die Anzahl der in die Städte gezogenen ländlichen Bewohner in den letzten 15 Jahren im Durchschnitt jährlich ein Prozent der Gesamtbevölkerung ausgemacht. Verschiedene „Widersprüche“ hätten aufgrund dieser Entwicklung an Intensität zugenommen:

Die rasche Urbanisierung sei mit den knappen Ressourcen an Land und Wasser unvereinbar. Dies gelte vor allem für die südöstlichen Küstenregionen, in denen die Verstädterung besonders schnell voranschreite. Diese Gebiete müssten nicht nur die Bevölkerung aus der Region, sondern auch Menschen aus den zentralen und westlichen Provinzen aufnehmen. Darüber hinaus beschleunige sich dieser Trend so sehr, dass sich das Problem der Wasser- und Landknappheit immer mehr zuspitze.

Es bestünden erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Entwicklungsstands

der chinesischen Städte. Während in einigen urbanen Zentren erhebliche Summen in den Bau von Prestigeprojekten wie große Plätze und gigantische Regierungsgebäude gesteckt würden, seien in anderen Städten grundlegende Infrastruktureinrichtungen wie die Wasserversorgung und Kanalisation etc. extrem unzureichend.

Durch die rasche Entwicklung fehle es den einzelnen chinesischen Städten an charakteristischen Merkmalen. Die Städte hätten alle das gleiche Aussehen ohne geschichtliche und traditionelle Besonderheiten. In manchen Städten sei die historische Architektur „ernsthaft beschädigt“ worden. Um einer Stadt „einzigartigen Stil und Charme“ zu verleihen, müssten bei der Stadtplanung unter anderem die einheimische Bevölkerung, die Natur sowie die traditionelle lokale Kultur berücksichtigt werden.

In einigen urbanen Zentren sei das Ausmaß der Bebauung nicht effektiv kontrolliert worden, was städtische Leiden wie Verkehrsstaus und Umweltverschmutzung mit sich gebracht habe. In manchen chinesischen Städten seien diese Leiden besonders ausgeprägt, sodass teilweise Krisenstimmung aufgekommen sei.

Nach Ansicht von Qiu werde sich der Urbanisierungsprozess in China zu einer „großen Gefahr“ entwickeln, wenn mit den oben aufgezeigten Herausforderungen nicht angemessen umgegangen werde. Es sei daher dringend notwendig, die städtische und ländliche Entwicklungsplanung zu intensivieren und ihre Gesetzgebung zu verstärken. Gleichzeitig müsse ein System geschaffen werden, dass dazu beitrage, knappe Ressourcen zu schützen, ihre rationale und ökonomische Nutzung zu unterstützen und nicht ordnungsgemäße Bebauung zu verhindern. Auch auf die Sicherheit der unterirdischen Infrastruktur müsse größten Wert gelegt werden.

Bemerkenswert ist, dass der stellvertretende Bauminister bei seinen Ausführungen sowohl die extreme Kluft der Entwicklungsniveaus chinesischer Städte und die ungleiche Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel anprangert, als auch auf die der Modernisierung zum Opfer fallenden historischen Bauten und die damit oft verloren gehenden Besonderheiten der

lokalen Kultur und Geschichte urbaner Zentren in China eingeht – Worte die man eher selten aus dem Munde chinesischer Regierungsbeamter hört.

Durch die forcierte Verstädterung versucht die parteistaatliche Führung in erster Linie, Arbeitsplätze für die enorme Anzahl freigesetzter ländlicher Arbeitskräfte zu schaffen und den extremen Migrationsdruck auf die bestehenden Großstädte abzufangen. Inzwischen gibt es nach offiziellen Angaben 20.358 kleine und mittelgroße Städte sowie 662 Großstädte, in denen gegenwärtig insgesamt 500 Mio. Menschen leben. Die Urbanisierungsrate ist seit Gründung der Volksrepublik rasant angestiegen: Lag sie 1949 noch bei 10,6%, so erhöhte sie sich 1978 bereits auf 17,92%, 1990 auf 26,4% und im Jahre 2002 auf 39,1% (andere offizielle Quellen sprechen für 2002 von 37,7%). Auf dem „Internationalen Forum zur Städtischen Entwicklung“, das Ende Oktober in Beijing stattfand, prognostizierte Bauminister Wang Guangtao für das Jahr 2020 eine Urbanisierungsrate von etwa 55%. Nicht unerwähnt sollte in diesem Zusammenhang jedoch bleiben, dass diese enormen Wachstumszahlen oft durch rein administrative formale Aufwertungen bisher ländlicher Verwaltungseinheiten zu städtischen Gebieten erzielt wurden, die nicht unbedingt soziale oder wirtschaftliche Veränderungen für die lokale Bevölkerung mit sich gebracht haben (vgl. C.a., 2001/10, Ü 12).

Nach Aussagen des stellvertretenden Bauministers Qiu Baoxing strebe die Volksrepublik letztendlich eine Urbanisierungsrate von 75% an. Bis dahin sei es jedoch noch ein weiter Weg. (Xinhua, 25.10.03, nach BBC EF, 11.11.03; CD, 30.10.03; XNA, 31.10., 17.11.03; ZXS, 6.11.03, nach BBC PF, 25.11.03) -bk-

11 Kampagne gegen christliche Untergrundgemeinden und Tempel

Nach Berichten des Hongkonger Informationszentrums für Demokratie und Menschenrechte sind in den ostchinesischen Provinzen Jiangsu und Zhejiang in den letzten Monaten über hundert so genannte Hauskirchen geschlossen und teilweise zerstört worden. Dabei

soll es sich größtenteils um Lagerhallen oder gemietete Räume gehandelt haben, in denen sich jeweils bis zu 100 christliche Gläubige zu Gottesdiensten zusammengefunden hätten. Darüber hinaus sollen die Behörden in Zhejiang fast 400 Tempel geschlossen und zum Teil zerstört haben. Einige religiöse Führer seien festgenommen worden.

Nach Meinung von Beobachtern fürchte die parteistaatliche Führung, dass sich die schnell wachsende christliche Untergrundkirche und die insgesamt starke Zunahme religiöser Aktivitäten in China ihrer Kontrolle entziehen und die Machtbasis der KPCh untergraben könne. Vor dem Hintergrund des ideologischen Verfalls der KPCh und einem daraus entstehenden geistigen Vakuum in der Gesellschaft, wenden sich immer mehr Menschen religiösen Gemeinschaften zu. Experten schätzen, dass allein die Zahl der protestantischen Christen jedes Jahr um eine Mio. Menschen anwächst. Insgesamt wird auch von offizieller Seite bereits von einer Zahl von über 130 Mio. Gläubigen der fünf staatlich anerkannten Religionen ausgegangen. So gebe es etwa 90 Mio. Buddhisten und Daoisten, 18 Mio. Moslems, 15 Mio. Protestanten und 5 Mio. Katholiken. Expertenschätzungen zufolge liegen diese Zahlen jedoch um einiges höher.

In China kommt es von staatlicher Seite aus immer wieder zu Repressionsmaßnahmen gegenüber religiöser Gemeinschaften (vgl. C.a., 2000/8, Ü 9; 2001/1, Ü 14). Dabei ist – nach der totalen Verfolgung religiöser Gruppen während der Kulturrevolution – die „Freiheit des religiösen Glaubens“ und der Schutz „normaler religiöser Aktivitäten“ in die Verfassung von 1982 verankert worden (Art. 36). Bis heute hegt die parteistaatliche Führung jedoch grundsätzliches Misstrauen gegenüber den religiösen Gemeinschaften. Dieses lässt sich unter anderem mit dem generellen Argwohn der Partei gegenüber jeglichen Vereinigungen, die sich landesweit organisieren und sich ihrer Kontrolle entziehen könnten, erklären; und die stark anwachsende Zahl der Gläubigen in den letzten Jahren verstärkt dieses Misstrauen natürlich erheblich. So müssen die fünf anerkannten Religionsgemeinschaften so genannte Patriotische Vereinigungen (*aiguohui*) unterhalten, die ei-

ne interne Kontrolle über die Gläubigen ausüben sollen und als Bindeglied zwischen den Religionsgemeinschaften und der Regierung dienen. Alle religiösen Gruppierungen sind dazu verpflichtet, sich bei der Staatlichen Behörde für religiöse Angelegenheiten (*zongjiao shiwuju*) registrieren zu lassen und sich damit einer der offiziell anerkannten Religionsgemeinschaften unterzuordnen.

Daneben existieren jedoch auch „illegale“, staatlich nicht anerkannte religiöse Gruppierungen in China, die im Untergrund agieren. So gibt es abgesehen von der anerkannten Protestantischen Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung (*sanzi yundong*) die so genannten Hauskirchen, die teilweise in Opposition zur Drei-Selbst-Bewegung stehen. Vor einem besonderen Dilemma stehen die chinesischen Katholiken. Der Verfassungszusatz, dass religiöse Vereinigungen „von keiner ausländischen Kraft beherrscht werden dürfen“ (Art. 36), da eine „Infiltration feindlicher ausländischer Mächte unter dem Deckmantel der Religion“ befürchtet wird, verbietet den chinesischen Katholiken jegliche strukturelle Beziehung zum Vatikan in Rom, mit dem China bislang noch keine diplomatischen Beziehungen unterhält. Die katholische Kirche ist in China daher gespalten in eine offizielle, „patriotische“ und eine „romtreue“ Untergrundkirche. Was den Daoismus und Buddhismus angeht so beunruhigt die chinesische Regierung die insbesondere seit Ende der achtziger Jahre zunehmende Errichtung nicht bewilligter Tempel und Gräber sowie die als „abergläubisch“ untersagten volkreliösen Praktiken. Der tibetische Buddhismus und der Islam, beides Religionen, deren Gläubige größtenteils zu den ethnischen Minderheiten gehören, werden von der staatlichen Führung insgesamt als Bedrohung der nationalen Einheit angesehen, da sie eine große Rolle in den Autonomiebestrebungen dieser Völker spielen.

Die religiösen Untergrundgemeinschaften werden von Seiten der chinesischen Behörden teilweise toleriert, teilweise wird gegen sie landesweit mit unterschiedlicher Härte vorgegangen. Die parteistaatliche Führung rechtfertigt ihr Vorgehen unter anderem mit dem in der Verfassung verankerten strikten Verbot aller religiösen Aktivi-

täten, welche die öffentliche Ordnung und nationale Sicherheit, die körperliche Gesundheit von Bürgern oder das staatliche Bildungswesen beeinträchtigen könnten (Art. 36).

Über die jüngste Schließung von Tempeln und Untergrundkirchen in Zhejiang und Jiangsu wurde in den chinesischen Medien nicht berichtet. Ji Jianhong, Präsident des Komitees der Protestantischen Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung Chinas, nahm jedoch im Rahmen eines Besuchs einer chinesischen christlichen Delegation in den USA Ende Oktober zu den Berichterstattungen internationaler Medien Stellung. Auf einer Pressekonferenz stritt er die Existenz von Untergrundkirchen in China ab, sprach jedoch von einer kleinen Anzahl „individueller Versammlungen“ von Christen, die ihre religiösen Aktivitäten nicht offiziell bei der Regierung angemeldet hätten. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Betroffenen diesen Schritt baldig nachholen und versprach, ihnen bei Bedarf Bibeln zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus bemerkte Ji, dass es oft vorkomme, dass sich Gläubige dieser „individuellen Gemeinden“ in den registrierten Kirchen Predigten anhören, diese aufnehmen und später anderen „individuellen Gläubigen“ vorspielen. Er betonte jedoch, dass es gemäß christlich-religiöser Doktrin an jedem Ort nur eine Gemeinde geben könne, und dass es keine Unterscheidung zwischen Kirchen im „Untergrund“ und anderen Kirchen gebe. Bei den „Sekten“ (*xiejiao*), die lediglich christliche Symbole aushängten, handele es sich jedoch um ein Problem anderen Kalibers.

Auch der Vizepräsident der Christlichen Vereinigung Zhejiangs, Pastor Ni Guangdao, betonte auf einer Pressekonferenz in den USA, dass es keinerlei Verfolgung von Christen in China gebe. Weder seien Christen inhaftiert noch unter Hausarrest gestellt worden. Ebenso strikt verneinte Ni, dass Gläubige dazu gezwungen worden seien, sich der Protestantischen Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung Chinas anzuschließen.

Unterdessen soll es in diesem Monat nach sechs Jahren erstmals wieder ein Lebenszeichen vom bekannten Untergrundbischof Su Zhimin gegeben haben, der 1997 in der Haft verschwun-

den war. Der in den USA ansässigen Kardinal-Kung-Stiftung zufolge sei der Bischof von Baoding (Provinz Hebei) Mitte November schwer krank in ein Krankenhaus der Stadt eingeliefert worden. Er leide unter Herz- und Augenproblemen und unterzöge sich nun einer Behandlung. Der Bischof sei insgesamt mindestens fünfmal verhaftet worden und habe bereits 27 Jahre seines Lebens im Gefängnis verbracht. (ZXS, 23.10.03, nach BBC PF, 28.10.03; Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democracy, 8.11.03, nach BBC PF, 13.11.03; FAZ, 21.11.03; NZZ, 22./23.11.03) -bk-

12 Protestkundgebung vor Regierungssitz in Beijing

Laut Hongkonger Medienberichten haben am 20. November etwa 40 Demonstranten aus der Provinz Shandong vor dem Sitz der parteistaatlichen Führung in Beijing, Zhongnanhai, ein Sit-in abgehalten. Die Männer und Frauen mittleren und höheren Alters protestierten gegen ein Wohnungsprojekt in Qingdao, aufgrund dessen etwa 300 Bewohner des Bezirks Sifang in der ostchinesischen Stadt ihre Wohnungen zwangsweise räumen mussten.

Nur Minuten nach dem Beginn der Protestkundgebungen seien die Demonstranten von Sicherheitskräften eingekreist und auf eine Polizeiwache gebracht worden. Hier sollen sie aufgefordert worden sein, ihre Ausweise sowie die mitgeführten Protestschreiben abzugeben. Nach Aussagen eines Demonstranten seien ihre Wohnungen, bei denen es sich ausschließlich um Eigentumswohnungen gehandelt habe, zerstört worden, ohne dass zuvor eine schriftliche Vereinbarung über Entschädigung getroffen wurde. Ihre Beschwerden bei der Stadtregierung in Qingdao seien auf taube Ohren gestoßen. Auch seien bisherige Versuche, sich bei der Zentralregierung in Beijing über das Vorgehen der Verantwortlichen des Bauprojekts zu beschweren, fehlgeschlagen. Sie hätten daher keinen anderen Ausweg mehr gesehen, als vor dem Sitz der Parteiführung zu demonstrieren.

Landesweit haben in den letzten Monaten Protestkundgebungen ge-

gen Bau- und Umsiedlungsmaßnahmen erheblich zugenommen (vgl. C.a., 2003/10, Ü 18), im Zuge derer es zu Verhaftungen und gerichtlichen Verurteilungen zu einigen Jahren Freiheitsentzug gekommen sein soll. Ein Regierungsbeamter in Shanghai äußerte in diesem Zusammenhang, dass die Regierung Kanäle eingerichtet habe, durch die die Menschen ihre Beschwerden und Proteste einreichen könnten. Jedoch würde denjenigen, die „die öffentliche Ordnung stören und gegen andere Vorschriften verstoßen“, nach geltendem Recht der Prozess gemacht.

So fand die Protestkundgebung der Shandong-Bewohner vor dem Regierungssitz einen Tag nach dem Gerichtsprozess gegen zwei Männer statt, die im Oktober auf dem Tiananmen-Platz gegen die Zerstörung ihrer Wohnungen demonstriert haben. Zhang Liji, 49 Jahre aus der Provinz Fujian, soll am 8. Oktober Flugblätter aus seinem Auto geworfen und dann versucht haben, sich und seinen Wagen in Brand zu stecken. Er wurde zu sechs Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Bereits am 1. Oktober, dem chinesischen Nationalfeiertag, soll sich Ye Guoqiang, 43 Jahre aus Beijing, über eine Brücke in einen Wassergraben am Tiananmen-Platz gestürzt haben, um auf diese Weise seinen Protest zum Ausdruck zu bringen. Ye erhielt zwei Jahre Freiheitsstrafe. In der Urteilsbegründung beider Fälle wird „Störung der öffentlichen Ordnung“ angeführt. (Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democracy, 30.10., 7.11.03, nach BBC PF, 5., 11.11.03; DGB, 2.11.03, nach BBC PF, 4.11.03; XNA, 19., 28.11.03; SCMP, 21., 27.11.03, nach BBC EF, 22., 28.11.03) -bk-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

13 Doktorandenausbildung

China verfolgt seit einigen Jahren das Ziel, seine besten Universitäten in Zentren exzellenter Lehre und Forschung umzuwandeln. Einen Engpass für die Stärkung der Forschung stellt der Mangel an hochqualifizier-

ten Nachwuchswissenschaftlern dar. Zwar wurde das Postgraduiertenstudium stark ausgebaut, sodass die Zahl der neu aufgenommenen Postgraduierten in den letzten Jahren jährlich um 30% wuchs, aber damit trat zugleich das Problem der Ausbildungsqualität immer mehr in den Vordergrund. Mit diesem Problem und der Frage, woher erstklassige Doktoranden kommen sollen, befasste sich kürzlich an der Qinghua-Universität ein nationales Forum mit über 300 Teilnehmern. Einig war man sich, dass hervorragende Promovierte nur in einer innovativen Umgebung und in einem neuen System herangebildet werden können. Hierfür hat das Bildungsministerium eine Reihe von Maßnahmen getätigt: Die hundert besten Dissertationen werden prämiert, ein Innovationszentrum für Postgraduierte wurde eingerichtet, und es werden Summer Schools für Postgraduierte durchgeführt.

Doch diese Maßnahmen reichen nicht aus. Auf dem Forum wurde die Notwendigkeit gesehen, das gesamte System der Doktorandenausbildung zu reformieren und die Innovationsfähigkeit der Doktoranden zu steigern. Bislang war das Postgraduiertenstudium relativ formalisiert und einheitlich geregelt; Magister- und Doktorandenstudium verliefen getrennt, und die Zulassung erfolgte über formale Prüfungen. Nachdem die Hochschulautonomie in den 1990er Jahren stark ausgedehnt wurde, können die Universitäten nun auch neue Wege in der Gestaltung ihrer Postgraduiertenstudien gehen. So wird an mehreren Universitäten die Aufnahme zum Doktorandenstudium flexibler gehandhabt. Die Universität Beijing und die Qinghua-Universität beispielsweise haben die Aufnahmeprüfungen für Doktoranden reformiert und beurteilen die Bewerber nicht mehr allein nach ihren Fachkenntnissen, sondern haben verschiedene Prüfungsverfahren entworfen, bei denen die Kandidaten u.a. nach ihrer Denk-, Kritik- und Innovationsfähigkeit ausgewählt werden; an der Medizinischen Fakultät der Fudan-Universität werden bei der Aufnahme von Doktoranden die wissenschaftlichen Fähigkeiten insgesamt berücksichtigt, d.h. es kommt nicht mehr allein auf die Punktzahl in einem bestimmten Fach an. An der Chine-

sischen Universität für Wissenschaft und Technik wurden die beiden bislang getrennten Magister- und Doktorandenstudiengänge integriert, wobei in der ersten Phase die Lehre, in der zweiten das Forschen im Vordergrund steht. Dort brauchen die Doktoranden dann keine Aufnahmeprüfung mehr zu machen.

Zur Förderung der Innovationsfähigkeit der Forschungsstudenten hat die Fudan-Universität Innovationsfonds für Forschungsstudenten eingerichtet, mit denen Forschungsarbeiten gefördert werden. Die Qinghua-Universität veranstaltet seit 2001 Foren, auf denen Postgraduierte sich an wissenschaftlichen Diskussionen beteiligen und Referate halten können. Dieser Austausch, so der Präsident der Qinghua-Universität, sei für die Ausbildung der Doktoranden überaus wichtig.

Ein Problem des bisherigen Systems war, dass Doktoranden ihren Ausbilder nicht wechseln konnten. Auch hier setzt sich allmählich eine größere Flexibilität durch. Am Institut für Lebenswissenschaften der Akademie der Wissenschaften in Shanghai z.B. haben Doktoranden und Professoren ein Jahr oder länger Zeit, bevor sie eine Wahl treffen. Dies habe sich für die Forschungsarbeit als sehr förderlich erwiesen.

Diskutiert wurde auch über die Frage, nach welchen Kriterien das Innovative und die Forschungsergebnisse eines Doktoranden zu beurteilen seien, ob z.B. allein die Zahl der veröffentlichten Artikel ausschlaggebend sei. Auch in dieser Hinsicht spielen mittlerweile andere Kriterien für die Beurteilung der wissenschaftlichen Qualifikation eines Doktoranden eine Rolle. Wie der Vizepräsident der Südostchinesischen Universität erläuterte, muss an seiner Universität ein Doktorand mindestens drei Artikel veröffentlichten, aber ein Artikel kann auch durch Beteiligung an einem großen Forschungsprojekt oder durch ein Referat auf einer wissenschaftlichen Konferenz ersetzt werden. Man beurteile die Leistung eines Doktoranden anhand von drei Kriterien: der Qualität der Zeitschrift, in der ein Artikel erschienen sei, der Relevanz des Projekts und des innovativen Inhalts des jeweiligen Artikels. Am wichtigs-